

# Erstschlag, Zweitschlag, Drittschlag

Zur: „Es geht um konventionelle Waffen zur Abschreckung“, FR-Tagesthema 12.8.24

## Eine verhängnisvolle neue Raketenstationierung

Ulrich Menzel meint im Interview mit Bascha Mika, dass die für eine Stationierung in Deutschland vorgesehene US-Mittelstreckenraketen nur der Abschreckung und Kriegsverhinderung dienen sollen. Das greift jedoch zu kurz. Zur glaubwürdigen Abschreckung gehört die Bereitschaft, die Waffen einzusetzen. Auch wenn sie vorerst konventionell bestückt werden sollen, sind sie geeignet, das nuklear-strategische Verhältnis zwischen Ost und West gründlich zu verändern, da sie nukleare Einrichtungen in Russland praktisch ohne Vorwarnzeit zerstören können. Die Erstschlagsfähigkeit des Westens würde erhöht, was eine neue Aufrüstungsspirale in Gang setzen wird. Es wäre gut, wenn die FR die Studie von Oberst a.D. Wolfgang Richter „Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland“ diskutieren würde. Richter betont, dass diese Stationierung das strategische Gleichgewicht zwischen West und Ost gefährlich verändere, die Chancen künftiger Rüstungskontrolle dramatisch reduziere und die Konfrontation zwischen Nato und Russland unnötig verschärfe. Angesichts der Überlegenheit der Nato bei luft- und seegestützten Systemen überzeuge die Entdeckung einer angeblichen Fähigkeitslücke nicht.

Gerade zeitgleich mit Auslaufen des New-START-Vertrages 2026 sollen die neuen Raketen singular in Deutschland stationiert werden. Eine Verlängerung des letzten noch bestehenden

Rüstungsabkommens wäre dann kaum mehr möglich. Es bedarf jetzt eines breiten Aufstandes gegen die verhängnisvolle neue Raketenstationierung, die ohne öffentliche Debatte und ohne jegliches Verhandlungsangebot an die Gegenseite durchgesetzt werden soll. Martin Singe, Bonn

## Es war zu erwarten, dass Russland reagiert

Als hätten wir nicht weltweit nicht genügend Katastrophen (Klima, Armut, Hunger Vertreibung, Krisen, Kriege) Ressourcenverbrauch, Diktaturen und, und, als wäre das alles nicht genug und eine Lösung außer Sichtweite, kommt nun zur 75. Jubiläumsfeier der Nato noch eine bisher nicht erreichte Eskalationsstufe des Wettrüstens und der gegenseitigen Bedrohung der Weltmächte hinzu. Schlachtfeld wäre Europa, insbesondere Deutschland. Die USA ihrerseits haben mit Erfolg den Ort des Geschehens ausgelagert aus ihrer Region auf unseren Kontinent. Indem sie ihre neuen Waffensysteme wie die Tomahawk-Marschflugkörper mit mehr als 2000 Kilometer Reichweite und fünffacher Schallgeschwindigkeit hier stationieren, neue ballistische Raketen auch in Polen und Rumänien. Ein neues Nato-Kommando für die Waffenlieferung und Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte, bisher in den Staaten, jetzt in Wiesbaden.

Damit auch Europa sich nicht untätig erweist, entwickeln Italien, Frankreich, Polen und Deutschland gemeinsam ebenfalls bodengestützte Marschflugkörper. Scholz als getreuem Gefolgsmann der USA ist

das alles recht. Der Bundestag ist überdies noch gar nicht einbezogen. Geht ja nur um Leben oder Tod.

Die Unionsparteien stimmen voll und ganz zu. Protest kommt von der IPPNW (Ärzte gegen Atomwaffen). „Brandgefährlich“ sagt auch die Linke einschließlich Sahra Wagenknecht. Russland sieht eine ernste Bedrohung in den Ankündigungen und erwägt entsprechende Gegenmaßnahmen. Da haben wir die Spirale. War zu erwarten. Jörg Sternberg, Hanau

## Wie über ein modernes Brettspiel

Wie beruhigend es doch wirkt, über Kriegsszenarien wie über ein modernes Brettspiel zu sprechen, wo sogar neue Figuren hinzugefügt werden können, die dem Ganzen eine überraschende spannende Note geben: Tomahawk-Marschflugkörper (klingt nach Indianerkämpfen), „Patriot“-Flugabwehrsysteme (Patriotismus macht stark). Wie kommt es zu dieser Monokultur waffentechnischen Strategiedenkens? Soll uns das glauben machen, wir hätten alles Griff?

Nicht wir beherrschen den Krieg, hat ein Kriegsforscher kürzlich gesagt, sondern der Krieg beherrscht uns. Erst diese Einsicht kann zu einem Umdenken führen. So lange das nicht bei uns ankommt, laufen alle Mahnungen noch entschiedener Aufrüstungsgegner ins Leere. Und wir lassen uns weiter etwas über Erst- und Zweitschlag-Optionen zur Abschreckung erzählen, denn einen Drittschlag sollte es danach nicht mehr geben.

Werner Schieferstein, Frankfurt



## BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an: Bronski Frankfurter Rundschau 60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an: Bronski@fr.de oder Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

**ZUSCHRIFTEN ONLINE**  
Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20240814

# Was die reaktionären Parteien wollen

Zur: „Reform des Bürgergeldes ist Klassenkampf von oben“, FR-Tagesthema v. 30.7.

## Ist Linnemann etwa ein Verfassungsfeind?

Bei der Diskussion um das Bürgergeld, veranstaltet von FDP und CDU, wird versucht, den unteren Schichten vorzuhalten, dass sie für die Probleme z.B. bei der Haushaltsaufstellung des Bundes verantwortlich seien, weil zu viel Geld ausgegeben würde. Daraus ergäbe sich, dass sparen, kürzen und streichen das Gebot der Stunde sei, weil einfach für die öffentlichen Haushalte nicht genügend Geld da wäre. Woher solle man es sonst nehmen? Dies erfordere eine grundlegende Reform des Sozialstaates. Dabei gehen beide Parteien sehr elastisch mit verfassungsrechtlichen und moralischen Gesichtspunkten um. Carsten Linnemann (CDU) forderte verfassungswidrig, „mutmaßlich arbeitsunwilligen Bürgergeld-Beziehenden die Grundversicherung komplett zu streichen“. Das Verfassungsgericht hat geurteilt, dass das Existenzminimum nicht durch Sanktionen bedroht werden dürfe. Sind Linnemann und seine Kumpane vielleicht Verfassungsfeinde?

Also woher soll das fehlende Geld für die öffentlichen Haushalte kommen? Vereinfacht gesagt, muss der Staat sich das Geld dort holen, wo es vorhanden ist. Nach einer Untersuchung der University of London werden in Deutschland jährlich Steuern von 125 Milliarden Euro hinterzogen, in Europa 825 Milliarden Euro. Der Nettogewinn der Dax-Konzerne in Deutschland bezifferte sich allein im Jahr 2023 auf 117 Milliarden Euro.

Die G20-Staaten trafen sich in Rio de Janeiro, um über die Besteuerung von Milliardären im Rahmen einer internationalen Steuerkooperation zu sprechen. Das FDP-geführte Finanzministerium unter Christian Lindner lässt dazu verlauten: „Wir halten die Idee einer globalen Mindestvermögenssteuer nicht für zielführend.“ Mehr Verachtung gegenüber den finanziell Schwachen geht kaum. Höhere Steuern im Bundeshaushalt würden selbstverständlich die Lage bei der Finanzierung von Sozialleistungen erheblich verbessern und nicht jede unerträgliche Diskussion von Seiten der reaktionären Parteien

immer wieder aufleben lassen. Die Behauptung, dass nicht genügend Geld da sei, entspricht nicht der Wahrheit. Eine Veränderung der Lage wäre zügig möglich, wenn das politisch gewollt wäre. Manfred Heinzmann, Mörfelden-Walldorf

## Investitionen auf Null

Rein ökonomisch betrachtet: Höhere Löhne erhöhen die Bereitschaft der Betriebe in Automatisierung statt in Arbeitnehmer zu investieren, reduzieren also zwangsweise das Angebot an freien Stellen. Durch Künstliche Intelligenz weitet sich die Möglichkeit zur Automatisierung rasant auf Büro-Tätigkeiten aus. Hier ist die Höhe der Investitionen auch geringer, als wenn große Maschinen angeschafft werden müssen. Cloud Angebote drücken die Investitionssumme fast auf Null. Es ist also nicht mehr möglich, den Sozialstaat zu denken, ohne, dass die Spielregeln grundsätzlich neu gedacht werden. Die Antworten der „alten“ Sozialdemokratie werden nicht helfen. Michael Schnell, Krefeld

# Schusters Anmaßung

Buber-Rosenzweig: „Ein persönliches Gespräch“, FR-Fuilleton vom 6.8.

Es ist angesichts der großen Krise, die jüdische Deutsche seit dem 7. Oktober durchstehen müssen, deprimierend zu lesen, dass der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland Josef Schuster den Leiter der Bildungsstätte Anne Frank, Meron Mendel, für unwürdig achtet, die Buber-Rosenzweig-Medaille mit seiner Frau Saba Nur-Cheema verliehen zu bekommen. Die Begründung lautet u.a., dass Mendel eine „linke israelische Minderheitenpositionierung“ vertritt, die als „allgemeingültige jüdische Meinung missverstanden“ werde. Wer definiert die „allgemeingültige jüdische Meinung“? Der Zentralrat bzw. sein Präsident? Soll es so etwas überhaupt geben? Ich dachte immer, dass wir Goyim gerade von der jüdischen Kultur lernen durften, dass die Suche nach der Wahrheit eines immerwährenden Disputes verschiedener Meinungen bedarf.

Ich habe Meron Mendel erlebt und war sehr dankbar, eine solche differenzierte Darstellung der komplizierten gegenwärtigen Situation im Nahen Osten zu erfahren, ohne dass er den Eindruck erweckte, „eine Sprecherposition zu vertreten, die als eine vermeintlich repräsentative jüdische Position wahrgenommen würde“. Das trägt sicher mehr zum Verständnis jüdischer Existenz in unserem Lande bei als die Anmaßung Schusters zu wissen, was die „allgemeingültige jüdische Meinung“ sei oder zu sein habe und dass Mendel daher eine „untragbare“ Position vertrete. Hans-Hermann Büchsel, Heidelberg

# Traum vom Frieden

Gold für Hassan: „Die politische Nebenwirkung“, FR-Politik vom 13.8.

Bei der Abschlussfeier der Olympischen Spiele wurden die Medaillen im Marathon der Frauen vergeben. Tigst Assefa aus Eritrea erhielt Silber, die in Äthiopien geborene für die Niederlande startende Sifan Hassan Gold. Auf dem Siegerpodest umarmten sich beide, wohl wissend, dass ihre Heimatländer sich in etlichen Kriegen erbittert bekämpft haben. Diese Umarmung, ein Symbol für Versöhnung, und viele weitere Gesten während der Olympiade einschließlich der Abschlussfeier zeigen, dass der Traum vom Frieden, vom gegenseitigen Verstehen der Völker, nicht Traum bleiben muss. Dafür ist im Großen und im Kleinen Arbeit für den Frieden erforderlich. Dazu gehört neben vielen anderem der Abbau von Feindbildern und die Erkenntnis, dass es Frieden nur miteinander und nicht gegeneinander geben kann. Schon die Fragestellung „Wem nützt der Krieg?“ hilft zu erkennen, warum Liberté, Egalité, Fraternité immer noch Utopien sind. Rolf Wekeck, Kassel

## FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht über das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen mit dem sächsischen DGB-Vorsitzenden Markus Schlimbach. Montag, 9. September, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Architekten D.W. Dreyse über 100 Jahre Neues Frankfurt. Dienstag, 10. September, 19 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Stephan Hebel moderiert die Präsentation des Buches „Umverteilung des Reichtums“ von Christoph Butterwegge. Außer dem Autor diskutieren die hessische Sozialministerin Heike Hofmann, der ehemalige SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans und der Eliteforscher Michael Hartmann. Eintritt frei, Livestream: youtube.com/hausamdom. Montag, 23. September, 19 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt